

Südkoreas Innenpolitik 2002/2003: Schwerpunkte und Tendenzen

Manfred Pohl

1 Überblick

Drei Ereignisse prägten im Wesentlichen den Berichtszeitraum: die gemeinsame Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft mit Japan, die Präsidentenwahl vom Dezember 2002 und das Bekanntwerden umfangreicher Zahlungen an Nordkorea, die erst das Treffen Kim Dae-jungs mit Kim Jong-il im Juni 2000 ermöglicht haben dürften. Keine wirkliche Bereitschaft zur Annäherung, kein Entgegenkommen des Nordens angesichts der „Sonnenscheinpolitik“ des südkoreanischen Präsidenten, sondern schlichte Geldgier des nordkoreanischen Machthabers bildete offenbar die Grundlage des vielgerühmten Treffens, das Kim Dae-jung letztlich den Friedensnobelpreis brachte. Die letzten Monate von Kims Amtszeit entwickelten sich zu einer wahren „Götterdämmerung“ des hoch gepriesenen Friedenspolitikers. Wie schwierig es selbst für einen im Großen und Ganzen angesehenen Präsidenten wie Kim Dae-jung ist, gegen eine oppositionelle Mehrheit im Parlament zu regieren, zeigte sich noch in der letzten Phase seiner Amtszeit: Innerhalb von vier Wochen musste er dem Parlament drei Bewerber für das Amt des Regierungschefs vorschlagen, nachdem zwei von ihnen aus verschiedenen Gründen von der GNP-Mehrheit kurz nacheinander abgelehnt worden waren (*Asian Wall Street Journal/AWSJ/Internet*, 6.10.2002).

Der Niedergang Kim Dae-jungs ist umso schockierender, als er in seiner Amtszeit durchaus überzeugende Erfolge aufzuweisen hat: Er wurde mitten in der Asienkrise vor fünf Jahren ins Amt gewählt, vor sich eine Fülle ungelöster Probleme, die er von seinen Vorgängern geerbt hatte. In den ersten Jahren seiner Regierungszeit überwand er die südkoreanische Form der Asienkrise, indem er im Unternehmensbereich und im Finanzsektor nachhaltige Reformen durchsetzte (wenn auch nicht vollständig) und Südkorea nach der Krise wieder zu einer dynamischen Wirtschaftsmacht in der Region umgestaltete. Örtliche Unternehmen und Entrepreneurs bahnten Südkorea den Weg zu einer führenden Macht in den IT-Industrien. Kim Dae-jung befreite seine Landsleute von dem Zwang, Nordkorea automatisch und ausschließlich als Bedrohung zu sehen, seine „Sonnenscheinpolitik“ ist fest verankert in der

Mehrheit der südkoreanischen Bevölkerung, eine Tatsache, die wohl auch durch den Sieg Roh Moo-hyuns in den Präsidentenwahlen unterstrichen wurde. Allerdings unternahm es Roh, sich ein wenig von seinem Vorgänger abzusetzen: Er taufte die „Sonnenscheinpolitik“ in „Politik für Frieden und Wohlstand“ um (*Far Eastern Economic Review/FEER*, 6.3.2003: 11).

Das Treffen Kim Dae-jungs mit Kim Jong-il hatte einen gewissen Hautgout. Wie sich 2003 herausstellte, war viel Geld im Spiel (s.u.), und davon war auch die Verleihung des Friedensnobelpreises an Kim Dae-jung nachträglich überschattet, aber der Stolz der Südkoreaner auf einen südkoreanischen Preisträger dürfte aus historischer Perspektive diesen Makel überstrahlen. Die Bevölkerung sah Kim als Vorkämpfer für die Demokratie, fast entrückt in seinem todesmutigen Kampf gegen eine ganze Reihe von Diktatoren zwischen 1970 und 1988; an ihn wurden andere Maßstäbe angelegt als an die übrigen Vertreter der politischen Klasse. Umso enttäuschter waren viele Südkoreaner, als Kim durchaus auch traditionelle autoritäre Züge offenbarte: staatsanwaltliche Verfolgungen kritischer Medien, ein oft unnahbarer Führungsstil und auch offener Regionalismus bei der Besetzung hoher Positionen mit Landsleuten aus den Cholla-Provinzen – eine Sitte, die Kim selbst aus der Opposition immer bekämpft hatte. Kritik löste auch seine Unterstützungspolitik für Nordkorea aus: Man warf ihm vor, er verschwende Gelder an einen uneinsichtigen, brutalen Tyrannen im Norden, ohne erkennbare positive Ergebnisse in den bilateralen Beziehungen. Seine Wirtschaftspolitik schwenkte bald von marktgestützter Entwicklung zu staatlichem Interventionismus, sehr zur Ernüchterung ausländischer Beobachter. Aber von allen asiatischen Spitzenpolitikern kann Kim für sich in Anspruch nehmen, dass er Südkorea entschlossen und erfolgreich aus der Krise geführt hat (*FEER*, 19.12.2002: 18).

Dennoch sah sich jeder Nachfolger Kims einer Fülle halb vollendeter bzw. noch nicht angepackter Probleme gegenüber, vor allem in der Wirtschaftspolitik. Kim hatte versucht, die drängendsten Probleme zu lösen, konnte sich aber vielfach nicht durchsetzen, zumal die Außenpolitik sein eigentliches Gebiet war. Die Regierung hält noch immer Sperrbeteiligungen an einer Reihe von Banken, die abgestoßen werden müssen, wenn ausländische Investoren Vertrauen in das südkoreanische Finanzsystem fassen sollen. In zahlreichen Unternehmen hat die Lösung des Problems der „faulen“ Kredite bis zu einem gewissen Grad Erfolge gebracht, aber noch immer werden technisch bankrotte Unternehmen vom Staat gestützt. Die neue Regierung muss solche Unternehmen zugrunde gehen lassen. Die beiden Spitzenkandidaten gaben sich alle Mühe, Investoren zu beruhigen. Roh Moo-hyun verwies darauf, dass er einer der wenigen Parlamentarier gewesen sei, die den Verkauf des verschuldeten Automobilbereichs der Samsung-Gruppe an Renault unterstützte. Er unterstrich im Wahlkampf, dass die Reform der *chaebeol* weiter vorangetrieben werden müsse. Dabei unterstützt er auch Gruppenklagen von Aktionären gegen Konglomerate und will die Investitionsstrategien der *chaebeol* unter Kontrolle bringen. Beide Punkte blieben unerledigt aus der Regierungszeit Kim Dae-jungs. Lee Hoi-chang dagegen lehnt dieses Vorgehen ab, er vertritt den Standpunkt, dass Südkorea ohne eine Schlüsselrolle der *chaebeol* kein Wirtschaftswachstum erzielen

könne; immerhin stellten die Exporte der 13 größten *chaebeol* in den ersten zehn Monaten 2002 über 50% der gesamten südkoreanischen Exporte. Lee möchte stattdessen die Konglomerate an die Marktwirtschaft heranführen, indem er die Zügel locker lässt. Seine Auffassung ist: Der Markt wird die *chaebeol* disziplinieren (FEER, 19.12.2002: 16).

2 Ein „gekauft“ Gipfeltreffen?

Vielleicht die größte Schmach des scheidenden Präsidenten war die Enthüllung, dass für den sensationellen Besuch in Pyongyang offenbar Geld geflossen ist. Fast schon verzweifelt bestritt Kim Dae-jung solche Zahlungen, obwohl die Indizien sich 2002/03 stetig erhärteten: Natürlich standen die Präsidentenwahlen bevor, und Kim versuchte alles, um den Kandidaten der MDP zu stützen, aber die Fakten schienen erdrückend. Im September bestritt das Büro des Staatspräsidenten, dass insgesamt 400 Mio. US\$ nach Nordkorea überwiesen wurden, um 2000 den Staatsbesuch zu ermöglichen. Die Opposition hatte behauptet, dass über die Korea Development Bank durch Vermittlung der Hyundai Merchant Marine Co. diese Summe an die Führung in Nordkorea überwiesen worden sei. Die Reederei behauptete, das Geld sei für Reparaturen und zur Tilgung von Krediten verwendet worden, die verantwortlichen Manager waren damals bereits aus der Firma geschieden (AWSJ/Internet, 27.9.2002).

Der Skandal schleifte sich bis weit ins Jahr 2003, nachdem vom Parlament eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse beschlossen worden war. Länger als 120 Tage prüfte ein Sonderermittler den Sachverhalt, dann kam er zu dem Schluss, es habe sich um unzulässige Zahlungen gehandelt, er vermied jedoch den Begriff „Bestechung“; immerhin äußerte er, die Zahlungen hätten „in Zusammenhang mit dem Gipfel“ gestanden (AWSJ/Internet, 26.6.2003). Der frühere Präsident wurde von dem Sonderermittler nicht vernommen, auch sollte gegen ihn kein Verfahren eingeleitet werden. In seinem Bericht nannte der Ermittler die Summe von 100 Mio. US\$, die an Nordkorea geflossen sei. Der Betrag stammt aus Quellen der südkoreanischen Regierung; die Hyundai-Gruppe zahlte im Jahre 2000 weitere 350 Mio. US\$, um sich Geschäftsrechte in Nordkorea zu sichern (*Financial Times/FT, Neue Zürcher Zeitung/NZZ*, 26.6.2003). Am 18. Juni 2003 wurde der frühere Stabschef des vorhergehenden Präsidenten wegen Bestechung verhaftet, er soll wesentlich an den Transferzahlungen für Nordkorea beteiligt gewesen sein. Der frühere Stabschef Park Jie-won soll eine Bank bewogen haben, 500 Mio. US\$ (also mehr als ursprünglich vermutet!), an die Hyundai-Gruppe als Kredite ausgereicht zu haben, die dann für Zahlungen an Nordkorea verwendet wurden. Nach Auskunft eines engen Mitarbeiters des Hyundai-Gründers Chung Ju-yung und leitenden Mitarbeiters von Hyundai Merchant Marine, die den Tourismus mit Nordkorea abwickelte, habe die nordkoreanische Seite in der ersten Phase der Verhandlungen sogar 1 Milliarde US-Dollar von Hyundai verlangt, um die Geschäfte im Norden entwickeln zu dürfen; man habe sich schließlich auf 500 Mio. US\$ geeinigt (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 7.2.2003).

Wenig später trat der scheidende Präsident Kim vor die Öffentlichkeit und räumte die Zahlung von 200 Mio. US\$ kurz vor seinem Besuch in Nordkorea (Juni 2000) ein, zugleich entschuldigte er sich bei der Bevölkerung. Kim betonte jedoch, die Geheimzahlungen seien ausschließlich aus Mitteln der Hyundai-Gruppe geflossen, öffentliche Gelder seien nicht verwendet worden. Ausdrücklich verwies er auf das deutsche Vorbild der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der damaligen DDR, als ebenfalls Gelder eingesetzt wurden, um die beiderseitigen Beziehungen zu verbessern (FT, 15./16.2.2003).

An sich hätte das Geld durchaus als gute Investition in den Frieden auf der Halbinsel angesehen werden können – aber Park soll angeblich aus dem Transfer von Hyundai umgerechnet 13 Mio. US\$ als Gratifikation erhalten haben (*International Herald Tribune/IHT/Internet*, 19.6.2003). Zuvor war bereits der führende Wirtschaftsberater Kim Dae-jungs, Lee Ki Ho, verhaftet worden, der die Korea Development Bank (KDB) „überredet“ haben soll, Kredite an Hyundai auszureichen. Auch der Präsident der KDB wurde verhaftet. Verwickelt war auch –kaum verwunderlich – der Geheimdienst: Die Untersuchungskommission vernahm auch den Leiter des National Intelligence Service, der dafür verantwortlich war, dass kurz vor dem Besuch Kim Dae-jungs in Pyongyang Mitarbeiter des Dienstes nach Nordkorea gereist waren (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 13.6.2003). Die Reaktionen Kim Dae-jungs auf die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft waren mehr als vage: Er behauptete, Zahlungen dieser Art benötigten keiner offiziellen Genehmigung (obwohl Cash-Transfers nach Nordkorea strengen Auflagen unterworfen sind) – wenn es Zahlungen gegeben habe, seien sie in nationalem Interesse, zur Aufrechterhaltung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel, nötig gewesen (AWSJ/Internet, 18.6.2003; FT, 19.6.2003). Gegner Kim Dae-jungs dagegen vermuteten sogar, die Mittel seien eingesetzt worden, um das Nuklearprogramm Nordkoreas zu finanzieren (FT, 31.1.2003). Das Präsidialamt Roh Moo-hyuns verwahrte sich gegen die Untersuchungsziele des unabhängigen Ermittlers (Staatsanwalt): Es gehe lediglich um die Frage, ob die fraglichen Summen illegal aufgebracht wurden – nicht darum, wie die Mittel in den Norden transferiert wurden und ob ein Verschulden des vorigen Präsidenten vorliege. Es sei das Recht des damaligen Staatspräsidenten gewesen, alle Mittel einzusetzen, um den Frieden auf der Halbinsel zu bewahren, betonte die Präsidialverwaltung des neuen Präsidenten Roh Moo-hyun (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 15.6.2003). Nachdem der Sonderermittler seinen Abschlussbericht vorgelegt hatte, ersuchte er Präsident Roh, die Untersuchungen fortführen zu dürfen – Roh lehnte das ab und erklärte trotz der heftigen Kritik der Opposition das Verfahren für beendet (AWSJ/Internet, XNA 23.6.2003).

3 Hundert Tage Amtszeit Roh Moo-hyun

Am 4. Juni 2003 endeten die 100 Tage des neuen Präsidenten, die traditionell als „Schonzeit“ für einen „Amtsneuling“ gelten. Roh hatte am 25. Februar als 9. Präsident der Republik Korea seinen Amtseid abgelegt, und die nordkoreanische Führung nutzte diese Gelegenheit sogleich, um die Tonart in den Beziehungen zwischen bei-

den koreanischen Staaten zu setzen: Das nordkoreanische Militär schoss am Tag der Vereidigung eine Kurzstrecken-Testrakete in internationale Gewässer (FT, 26.2.2003). Viel Zeit für die Eingewöhnung blieb Roh also nicht: Außenpolitische Herausforderungen wie der nordkoreanische Nuklearpoker oder die komplizierten Beziehungen zu den USA (die ja sehr früh auf Lee gesetzt hatten!) verzahnten sich mit innenpolitischen Herausforderungen, vor allem in der Wirtschaftspolitik: Sinkende Nachfrage drückt auf die Konjunktur; seine Wahlkampfzusage, gegen die *chaebeol* vorzugehen, ist noch nicht umgesetzt. Wenige Stunden vor der Amtsübernahme Rohs gab es nordkoreanische Militärübungen, eine Woche davor drang ein nordkoreanisches Kampfflugzeug in den Luftraum Südkoreas ein.

Beobachter in der Region sehen eine Parallele zwischen Roh Moo-hyun und Taiwans Chen Shui-bian: Beide stammen aus ärmlichen Verhältnissen, beide haben sich mit eigener Kraft nach oben gearbeitet, indem sie hohe Intelligenz mit harter Arbeit verbanden. Beide wurden Anwälte und verteidigten Dissidenten gegen autoritäre Regime, bevor sie selbst in Wahlen antraten. Sie kamen ins Amt ohne außenpolitische Erfahrungen, gestützt im Wesentlichen von der jüngeren Generation. Sie umgeben sich mit jungen, sehr liberalen (!) Beratern ohne Regierungserfahrung. Schließlich sehen sich beide einer Mehrheit der Opposition in den Parlamenten gegenüber (FEER, 6.3.2003: 6). Roh suchte auch den Ausgleich mit oppositionellen Kräften, indem er der Parteizentrale der GNP in einem beispiellosen Schritt einen Besuch abstattete und den Kontakt zur ausländischen „Community“ suchte: So nahm er an einer Zeremonie im Hauptquartier der US-Truppen in Südkorea teil (*Economist*, 22.2.2003: 57).

Die zunehmend aggressiven Medien beginnen eine kritische Haltung einzunehmen, und die öffentliche Zustimmung zu Rohs Amtsführung ist Mitte 2003 unter 50% gesunken, seine beiden Vorgänger Kim Young-sam und Kim Dae-jung hatten nach den ersten 100 Tagen immerhin noch 60% bzw. 80% Zustimmungsraten. Die Entwicklungen wären für jeden Präsidenten ein riesiges Problem: Die wirtschaftlichen Zuwachsraten fielen von 63% 2002 auf 3,7% im 1. Quartal 2003, sowohl die private Nachfrage als auch die Investitionen der Unternehmen sind deutlich gefallen. Nach Umfragen der *Dong-A Ilbo* sind 54% der Befragten der Ansicht, die wirtschaftliche Situation sei heute schlimmer als 1997/98, 35% sehen sie als gleichrangig an. Am 4. Juni legte Roh einen Nachtragshaushalt im Volumen von umgerechnet 3,5 Mrd. US\$ vor, der finanzielle Anreize schaffen soll (*Economist*, 7.6.2003: 54).

Außenpolitisch schnitt Roh besser ab: Er suchte auf einem Gipfel mit US-Präsident Bush im Mai die Spannungen abzubauen und strebte (offenkundig) nach einem Schulterschluss mit den USA angesichts der Nuklearkrise auf der Halbinsel. Roh bewegte sich auf schwankendem Boden, denn er hatte nie zuvor die USA besucht. Er konnte aber bei seinen Gesprächen in Washington offenbar die Vorbehalte gegen ihn abbauen, die noch aus der Zeit stammen, als er den Abzug der US-Truppen aus Südkorea forderte (er nannte sie „Besatzungstruppen“) (*Economist*, 22.2.2003: 16). Roh geht hier einen riskanten Weg, denn viele seiner Anhänger wollen keine neue Annäherung an die USA und lehnen eine verstärkte Rolle ausländischer Investoren

ab. So gab Roh zu, dass er „schwach gewesen sei“ bei der Handhabung von Arbeitsplatzproblemen und bei der wirtschaftlichen Absicherung für Schichten mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Besonders verheerend aber waren offenbar seine Fehden mit den Medien, Kritiker werfen ihm vor, er sei zu aggressiv, undiplomatisch und er verliere zu leicht die Fassung in der Öffentlichkeit. Auch er muss sich mit Skandalen herumschlagen, wobei ein entspanntes Verhältnis zu den Medien sicher hilfreich wäre. Gegenüber streikenden Arbeitern ließ er sich zu der Bemerkung hinreißen, „er (sei) dem Amt nicht gewachsen“, die Angriffe aus den Medien waren massiv (ebd.).

4 Die Präsidentenwahl 2002

Nach diesem Versuch einer Wertung der ersten Phase in der Amtszeit Roh Moo-hyuns soll hier ein Rückblick auf die Entwicklungen folgen, die zur Amtsübernahme Rohs führten, nämlich eine Darstellung der Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2002.

4.1 Die Kandidaten

Insgesamt gingen sieben Kandidaten ins Rennen, aber nur dem Kandidaten der Democratic Millennium Party (MDP), Roh Moo-hyun, und dem Bewerber der Grand National Party (Hannara-dang, GNP) wurden echte Chancen eingeräumt. Das Rennen war sehr knapp, sodass Beobachter kaum riskierten, feste Voraussagen zu machen. Mit Interesse wurde die Kandidatur Chung Mong-joons (50) beobachtet (s.u.). Er hatte Anfang November eine eigene Partei, die Nationale Einheit 21, gegründet, deren Spitzenkandidat er wurde (*Frankfurter Allgemeine Zeitung/FAZ*, 6.11.2002). Kurz nach Gründung der neuen Partei lagen die Umfragewerte für Chung erstaunlich gut, er wurde überall auf Rang 1 oder 2 eingestuft, eine Tatsache, die mit der lebendigen Erinnerung an die Fußballweltmeisterschaft (s.u.) zusammenhängen mochte. Schon sein Vater hatte 1992 versucht, die Präsidentschaft zu gewinnen, unterlag aber Kim Young-sam. Chung jun. hält das größte einzelne Aktienpaket am weltgrößten Werftenkonzern Hyundai Heavy Industries Co. im Wert von umgerechnet 136 Mio. US\$; nach Ankündigung seiner Kandidatur überführte er seine Anteile und Stimmrechte in einen Finanztrust (*Daily Yomiuri*, 18.9.2002).

Die MDP ging mit ihrem Kandidaten stark geschwächt in die Wahlen; sie hatte in der Nationalversammlung nie eine sichere Mehrheit, im November aber kündigten 9 MDP-Parlamentarier ihren Austritt aus der Partei an, gerechnet wurde sogar mit 20 Austritten. Damit verfügte die MDP im Parlament mit seinen 272 Sitzen nur noch über weniger als 100 Mandate. Die „Flucht“ aus den Reihen der MDP wurde mit der Sorge begründet, Lee Hoi-chang, der Anfang Dezember in allen Umfragen führte, sei nicht mehr zu schlagen – zumindest nicht mit einem Kandidaten Roh. Diese Politiker rechneten nicht mehr mit einem Sieg Rohs und wollten sich neu „positionieren“. Roh war zwar in einer Reihe von „Vorwahlen“ zum Spitzenkandidaten gewählt worden, er konnte sich vorübergehend auf einer Woge der Popularität

fühlen, dem sog. „Roh-Sturm“. Die zunehmende Unbeliebtheit der MDP zog aber auch seine Kandidatur in Mitleidenschaft. Viele MDP-Parlamentarier fürchteten einen Sieg Lees, und in bester Tradition der politischen Kultur Südkoreas gingen die Parlamentarier „von der Fahne“, um sich politisch zu retten (FT, 2./3.11.2002).

Die „Fahnenflüchtigen“ wollten zusammen mit Chung Mong-joon, der als Unabhängiger im Parlament saß und Anfang November eine eigene kleine Partei gegründet hatte, einen eigenen Kandidaten nominieren. Chung ist ein steinreicher Unternehmenserbe, der seine politischen Aktivitäten eher wie ein Hobby betrieb. Roh wollte anfangs nur ungern mit ihm ein Bündnis eingehen, weil er Chung für einen „rich boy“ hielt, der von den täglichen Nöten der großen Bevölkerung nichts versteht. Chung hat als Sohn des Hyundai-Gründers Chung Ju-yung ein Vermögen geerbt, aber nur das allein ließ ihn nicht auf einen guten Platz hoffen: Er war auch Vorsitzender des südkoreanischen Fußballverbandes, und nach der erfolgreichen WM rechnete er sich Chancen aus. Nachdem die WM-Begeisterung allmählich abebbte und Fragen nach den konkreten politischen Zielen Chungs gestellt wurden, sah er sich sinkender Popularität gegenüber (*Economist*, 9.11.2002: 61).

Angesichts dieser Entwicklung kam es zu einem eher ungewöhnlichen Bündnis, das aber in Südkorea, wo elektronische Medien schon seit längerem eine wesentliche Rolle bei Wahlentscheidungen spielen (Handy, TV, Internet-Chatboxes etc.), vielleicht gar nicht so überraschend ist: Roh Moo-hyun einigte sich mit Chung Mong-joon darauf, die Fernsehzuschauer darüber entscheiden zu lassen, wer antreten sollte. TV und Internet sind inzwischen Medien des täglichen Gebrauchs. In Südkorea gibt es 25 Mio. Websurfer, das Land hat die vielleicht dichteste Internet-Nutzung der Welt (FT, 18.12.2002). Nach einer TV-Diskussion sollte die Kritik der Zuschauer Richtschnur sein; der unterlegene Kandidat würde den anderen mit der eigenen Partei unterstützen und zugleich sein Wahlkampfmanager werden. Das Lager um Lee Hoi-chang reagierte ungehalten, ja aggressiv auf diese Vereinbarung, ein gutes Indiz dafür, dass die Reformer um Roh und Chung einen Publicity-Coup gelandet hatten. Die GNP giftete: Diese Absprache sei noch abstoßender als das Bündnis zwischen Kim Dae-jung und Kim Jong-pil vor fünf Jahren (das Lee die Präsidentschaft kostete ...). Durch das Arrangement verbesserten sich die Chancen Rohs erheblich: Nachdem er angesichts der Skandale, in die Kim Dae-jung verwickelt war, auch innerhalb der MDP an Rückhalt verloren hatte, bot sich hier die Gelegenheit, eine populistische Basis aufzubauen, was natürlich Lee Hoi-chang und der GNP sehr bewusst war.

Zwei Vertreter ganz unterschiedlicher Schichten der südkoreanischen Bevölkerung trafen also in dem Fernsehduell aufeinander: hier der Anwalt aus ärmlichen Verhältnissen mit dem Ruf, ein „Linksliberaler“ mit deutlichen anti-amerikanischen Tendenzen zu sein, dort der steinreiche Unternehmenserbe mit Studium und Abschluss in den USA. Chung verweist gern darauf, dass er in seiner Kindheit auch mit gespendetem US-amerikanischem Milchpulver ernährt wurde, bevor sein Vater aus einer Fahrradreparaturwerkstatt in einem Schuppen einen Weltkonzern aufgebaut hatte. Das Fernsehduell konnte immerhin auf einer gemeinsamen Basis starten: Roh und Chung befürworteten eine Fortsetzung der Annäherungspolitik an Nordkorea

(FAZ, 23.11.2002). Am 24. November fand das Duell statt – und nach Auffassung der Zuschauer siegte Roh; Chung erklärte seine Aufgabe, gratulierte seinem Kontrahenten und versicherte ihm seiner Unterstützung – damit war das Rennen wieder offen (FT, 18.11.2002).

Das Bündnis der beiden hatte keinen langen Bestand: Chung nutzte eine unbeachtete Äußerung Rohs in der Hitze des Wahlkampfs, um sich von seinem ungeliebten Partner zu trennen. Roh hatte beiläufig geäußert, Südkorea könnte so etwas wie eine neutrale Position einnehmen, wenn die USA militärisch gegen Nordkorea vorgehen. Faktisch hatte Roh allerdings nur gesagt, Südkorea könnte in einem solchen Fall „vermitteln“, aber die unvermeidliche Verknüpfung mit seiner früheren anti-amerikanischen Haltung und seinen Wahlkampflogans, die auf ein „unabhängiges“ Korea zielten, verzerrte fast zwangsläufig den Inhalt der Äußerung. Roh hatte im Wahlkampf immer wieder betont, er werde „gegenüber Washington keinen Kotau machen“, und damit bewusst die aufgeheizte Stimmung in der Öffentlichkeit nach dem Tod zweier Mädchen, der durch ein US-Militärfahrzeug verursacht war, aufgegriffen (AWSJ/Internet, 10.12.2002). Lee triumphierte und konnte jetzt seines Sieges fast sicher sein (IHT/Internet, 19.12.2002).

Der 22-tägige Wahlkampf begann am 27. November, nachdem Roh und Lee ihre Kandidatur beim Büro des Landeswahlleiters bestätigt hatten. Eine Gruppe von Kandidaten kleinerer Parteien, darunter der frühere Regierungschef Lee Han-dong, der Führer einer Arbeiterpartei sowie ein früherer Chef des Geheimdienstes meldeten ebenfalls ihre Kandidatur an. Alle Kandidaten durften jeweils 11 TV- und 11 Rundfunkansprachen halten, ihre Unterstützer durften ebenfalls elektronische Auftritte nutzen, um ihre Kandidaten zu unterstützen (*Korea News/KN*, 30.11.2002: 6).

4.2 Der Wahlkampf

Die MDP musste angesichts der Skandale, in die Kim Dae-jung verwickelt war, mit dem Rücken zur Wand den Wahlkampf beginnen. Nachwahlen im Herbst spiegelten diese Entwicklung wider: Von 13 zu vergebenen Mandaten errang die GNP neun, die MDP nur drei (*Financial Times Deutschland*, 28.10.2002). Kim Dae-jung legte dann zwar die Präsidentschaft der Regierungspartei nieder und trat aus der MDP aus, aber auch mit diesem Schritt stellte sich kein besseres Klima für die MDP ein. Ohne Zweifel den schwersten persönlichen Schlag erlitt der Präsident, als seine zwei Söhne zu Haftstrafen verurteilt wurden. Im November 2002 war der älteste Sohn des Präsidenten, Kim Hong-up, zu einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren und einem Bußgeld von umgerechnet 420.000 Euro verurteilt worden. Wenige Tage später wurde auch der zweite Sohn, Kim Hong-gul, zu einer Haftstrafe auf Bewährung von zwei Jahren und einem Bußgeld von umgerechnet 167.000 Euro verurteilt. Beide Söhne waren für schuldig befunden worden, von Unternehmen Bestechungsgelder erhalten zu haben, um beim Präsidenten ihren Einfluss geltend zu machen. Die Beiden hatten die erhaltenen Summen nicht versteuert, sodass zum Straftatbestand der passiven Bestechung noch der Steuerhinterziehung kam. Die Söhne waren in der koreanischen Öffentlichkeit nicht beliebt, ein teilweise aufwendiger Lebensstil –

besonders Hong-guls in den USA – gab reichlich Stoff für böse Kommentare in den Medien (FAZ, 12.11.2002). Das offenkundige Fehlverhalten der Söhne fiel im konfuzianischen Korea auch auf den Vater zurück, Kim selbst sagte, von allen schlimmen Erlebnissen seines Lebens sei das größte Unglück das Verhalten seiner Söhne – für die MDP die denkbar schlechtesten Voraussetzungen für einen effizienten Wahlkampf (ebd.).

Die Grundpositionen der beiden verbliebenen (s.u.) Bewerber wurden im Wahlkampf schnell auf zwei Kernaussagen und historische Grundpositionen verdichtet: Roh verlangte von den Wählern „feste Unterstützung für fortgesetzte Gespräche mit dem Norden“ und nannte den Wahlgang „eine Entscheidung zwischen Krieg und Frieden, Stabilität oder Unsicherheit“. Lee Hoi-chang trat nachdrücklich für eine Politik im Bündnis mit den USA und für die Beibehaltung der US-Basen ein, verlangte zugleich aber eine umfangreiche Nachbesserung des Stützpunktabkommens. Die Wahl sollte zu einer Entscheidung zwischen zwei Generationen werden: Lee stand für die Generation, die Südkorea nach dem Koreakrieg wieder aufgebaut hatte und konservative Überzeugungen vertrat, Roh repräsentierte den Generationenwechsel; Lees Lager wurde als logisch und realistisch beschrieben, Roh und seine Anhänger galten als idealistisch und emotional (*Newsweek*, 23.12.2002: 20).

Die USA ihrerseits hatten offenbar früh auf Lee als Sieger gesetzt; Präsident Bush empfing ihn Anfang 2002, als sei er bereits ein Präsident im Wartestand (FEER, 18.12.2002: 14-16). Wenig später begrüßte auch der US-Botschafter in Seoul mit großem Medienaufwand den Bewerber der GNP und löste damit im Regierungslager einen Sturm der Entrüstung aus, man warf Washington Einmischung in die koreanische Innenpolitik vor (FT, 11.12.2002). Lee zeichnete ein düsteres Bild von der Nuklearrüstung des Nordens, Roh hingegen machte latente Ressentiments gegen die USA, die Nordkoreaproblematik (Fortsetzung der „Sonnenscheinpolitik“) und die Japanpolitik zu zentralen Themen seines Wahlkampfes. Er focht für ein größeres Selbstbewusstsein Südkoreas gegenüber den USA und trat dafür ein, mit Japan die bilateralen Beziehungen auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung von 1998 konstruktiv weiter zu entwickeln. Lee warnte davor, dass die koreanische Halbinsel „keine Zukunft habe“, wenn Roh gewählt werde. Dieser hielt dagegen, dass der Dialog mit dem Norden in Gefahr komme, wenn Lee als Präsident (wie angekündigt) z.B. die Unterstützungszahlungen für Reisen in das Geumgang-Gebirge einstelle (*Asahi Shinbun*/AS, 18.12.2002; AS/Internet, 19.12.2002). Es gab zweifellos große Sorgen in koreanischen (und US-amerikanischen) Wirtschaftskreisen: Obwohl Roh in seinen Reden einen soliden marktwirtschaftlichen Kurs versprach, gab es Befürchtungen, dass er – einmal im Amt – eher einen linken Kurs steuern werde, der ausländische Investoren abschrecken könnte (FEER, 18.12.2002: 14-16). Besonders die verbliebenen *chaebeol* sind besorgt, dass Roh die Entflechtung der mächtigen Konglomerate erfolgreicher fortsetzen und beenden könnte als sein Vorgänger (ebd.).

Wie bei allen früheren Wahlen suchte Nordkorea auf die Ergebnisse Einfluss zu nehmen: Das Eingeständnis Nordens, nukleare Waffenprogramme fortgeführt zu haben, hätte eigentlich dem Konservativen Lee in die Hände spielen müssen, genau

so wie der latente Antiamerikanismus Roh nutzen musste (FAZ, 18.12.2002). Faktisch aber wirkte sich die harte Haltung Lees gegenüber Nordkorea wohl negativ für ihn auf den Wahlausgang aus. Lee sprach im Wahlkampf gemäß langer Tradition der konservativen, bürgerlichen Mitte die mittlere bzw. die ältere Generation an – auffällig war, dass auf seinen Kundgebungen junge Menschen fehlten.

Angesichts der Gerüchte um Zahlungen an den Norden hatte sich Roh vorsichtig von Kim Dae-jung distanziert und sich als „Kandidat aller Koreaner“ bezeichnet. Er denunzierte die Politik der GNP als „alte Politik“ und spielte damit auf die große Nähe führender GNP-Politiker zur alten politischen Klasse an (ebd.). Ein wesentliches Argument im Wahlkampf war für Roh das Versprechen, er wolle die „Politik der drei Kim“ beenden, also Kim Young-sams, Kim Dae-jungs und Kim Jong-pils. So schien auf den ersten Blick der Wahlkampf zwischen zwei politischen Schwergewichten im Gegensatz zu früheren Wahlen nicht so sehr durch regionale Spannungen, sondern durch ein Gegeneinander von alt und jung, progressiv und konservativ (KN, 30.11.2002: 5-7). Von den Wahlberechtigten galten 20 bis 30 Prozent als unentschlossen (FAZ, 18.12.2002). Nach allen Umfragen führte Roh bei den 20-jährigen Wählern, lag aber bei den über 50-Jährigen gegenüber Lee deutlich zurück (*Newsweek*, 23.12.2002: 20).

Deswegen wurde mit großer Spannung das Abstimmungsverhalten jüngerer Wählerinnen und Wähler beobachtet. In den vier vergangenen großen Wahlgängen war die Wahlbeteiligung der 20- und 30-Jährigen kontinuierlich gesunken:

	Wahlbeteiligung insgesamt (%)	20-Jährige	30-Jährige	Über 60-Jährige
Präsidentenwahl 1992	81,9	71,5	84,0	83,2
Parlamentswahlen 1996	63,9	44,3	62,8	74,4
Präsidentenwahl 1997	80,7	68,2	82,6	81,9
Parlamentswahlen 2000	57,2	37,1	50,8	75,2

Quelle: AS, 18.12.2002.

Die Regierung hatte den Studenten gestattet, schon vor dem eigentlichen Wahltag ihre Stimmen auf dem Universitätsgelände abzugeben. In der Studentenschaft war der Antiamerikanismus deutlich ausgeprägter als in der übrigen Bevölkerung, aber insgesamt gab es eine erkennbare Unterströmung USA-kritischer Stimmungen. Im November waren zwei US-Soldaten durch ein US-Militärgericht vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung freigesprochen worden; sie hatten bei einer Übung zwei Mädchen überfahren und tödlich verletzt. Die Freisprüche hatten zu heftigen Demonstrationen im ganzen Land geführt. Beide Spitzenkandidaten hatten sich dafür ausgesprochen, dass in Zukunft US-Soldaten vor südkoreanischen Gerichten angeklagt werden sollten, überdies wurde gefordert, dass sich Präsident Bush für Todesfälle entschuldigt (*Economist*, 14.12.2002: 53). Die USA taten aus ihrer Sicht alles, um die Stimmung in Südkorea zu wenden (damit Lee eine Chance behielt ...). Der US-

Botschafter und der Oberkommandierende der US-Streitkräfte in Südkorea äußerten öffentlich immer wieder ihr Bedauern über den Unfall und entschuldigten sich, aber sie konnten die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass ein US-Militärgericht die beiden Verantwortlichen freigesprochen hatte. Überdies verlangten Bürgergruppen (und Politiker) von US-Präsident Bush eine offizielle Entschuldigung – und die Zusicherung, dass die USA auf der koreanischen Halbinsel keinen Krieg führen würden (IHT/Internet, 11.6.2002).

Roh Moo-hyun konnte sich auf einen festen Block von 60.000 Sympathisanten stützen; die vor allem jungen Mitglieder von Roh-samo (Wir lieben Dich, Roh) steuerten kräftig zur Kampagne bei (insgesamt umgerechnet 1,1 Mio. Euro), auch Lee hatte seinen Fanclub, Chang-sarang (In Liebe zu Chang), der im Internet aktiv war (FAZ, 18.12.2002).

Ganz ohne regionale Differenzen und Sympathien ging es auch in diesen Wahlen nicht ab. Lee und Roh konnten damit rechnen, in den meisten Provinzen die Wählerstimmen relativ gleichmäßig zwischen sich aufteilen zu können, nicht so in den Chungcheong-Provinzen, der Region, die vor allem ins Spiel käme, wenn Roh eine Wahlzusage umsetzt: Er will damit beginnen, die Verwaltungszentren des Staates aus Seoul wegzuverlegen, Chungcheong bietet sich als neuer Standort an – und hier sollte auch der Wahlausgang entschieden werden ... (KN, 14.12.2002: 5).

4.3 Die Ergebnisse

Die 16. Präsidentenwahl Südkoreas fand am 19. Dezember 2002 statt. Zwei Bewerber warteten gespannt auf die Ergebnisse: Roh Moo-hyun (56 Jahre, MDP) und Lee Hoi-chang (67 Jahre, GNP). Zum ersten Mal hatte es den Anschein, als könne die Opposition mit dem Wahlgang die Regierungspartei stürzen. Aber im Ergebnis entschieden sich die meisten Wähler für Roh und die MDP und damit für eine Fortsetzung der „Sonnenscheinpolitik“ Kim Dae-jungs. Insgesamt 34.991.529 Koreanerinnen und Koreaner waren aufgerufen, ihre Stimmen abzugeben; nach Auszählung stand fest, dass nur 70,2% von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht hatten, die niedrigste bisher erreichte Wahlbeteiligung (AS/Internet, 19.12.2002). Roh Moo-hyun erhielt 9.411.424 Stimmen (48,72%), auf Lee entfielen 9.036.173 Stimmen (46,78%) (ebd.). Damit hatte Roh eindeutig von der nordkoreanischen Drohgebärde und wohl vom Antiamerikanismus profitiert; besonders stolz konnte er darauf sein, dass sein Wahlergebnis besser war als das seines Vorgängers Kim Dae-jung. Mit diesem Ergebnis wurde belegt, dass viele politische Beobachter sich wieder geirrt hatten: Sie nahmen an, dass sich die unentschiedenen Wähler letztlich auf die Seite von Lee schlagen würden (FEER, 19.12.2003: 18) – das war offenbar nicht so. Lee selbst resignierte nach Bekanntwerden der Ergebnisse und erklärte seinen Rückzug aus der Politik, nachdem er in zwei Anläufen als Präsidentschaftskandidat gescheitert war (NZZ, 21./22.12.2002).

Die GNP beendete den Wahlkampf und die Auseinandersetzung mit der MDP mit einem Misston: Sie wollte den Leiter der Nationalen Wahlkommission vor dem Obersten Gericht mit dem Ziel verklagen, die Wahlen zu annullieren, da die Aus-

zählung angeblich Unregelmäßigkeiten aufwies. Als erster Schritt sollte der Oberste Gerichtshof die Wahlurnen beschlagnahmen, um eine Neuauszählung per Hand zu ermöglichen. Die Auszählung erfolgte bei dieser Wahl elektronisch, und die GNP behauptete, die Sicherheitsmaßnahmen hätten nicht ausgereicht (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 24.12.2002). Drei Wochen später entschuldigte sich die GNP bei den Wählern, nachdem in den elektronischen Zählmaschinen keine Fehler gefunden worden waren. Eingesetzt waren 960 elektronische Zählmaschinen, die automatisch jedem Kandidaten die Stimmen zuordnen können und sie parallel auszählen, dabei ist die Zählung von 13.200 Stimmen pro Stunde möglich (AWSJ/Internet, 27.1.2003).

Wahlentscheidend war offenkundig das Abstimmungsverhalten der jüngeren Wähler: 59% der 20- und 30-Jährigen entschieden sich für Roh, dagegen stimmten nur 38% der 50- bis 60-Jährigen für ihn. Beobachter sind sich darin einig, dass in diesem Ergebnis auch deutlich wird, dass die Wahlkämpfer Rohs das dichte Internet Koreas besser nutzten (FT, 23.12.2002).

Am Vorabend der Wahl hatte sich Chung Mon-jun endgültig aus dem Rennen zurückgezogen und seinen Anhängern empfohlen, für Roh zu stimmen, machte aber deutlich, er werde in fünf Jahren erneut antreten (AS, 18.12.2002). Dass Chung am 24. November aus dem Rennen schied, veränderte entscheidend die Gewichtung zugunsten Roh Moo-hyuns, nachdem Ersterer zuvor in Umfragen noch klar geführt hatte (*Economist*, 30.11.2002: 53).

Roh Moo-hyun stand offenbar für einen Generationenwechsel, der frühere Richter Lee Hoi-chang und bürgerliche Spitzenpolitiker war im Medienzeitalter eine „Fehlbesetzung“. Auf Beobachter wirkte er kalt und übervorsichtig, ein typischer Vertreter jener Generation, die, vor dem Krieg geboren, das Land aufgebaut hatte und autoritär regierte. Roh dagegen wirkte „jung“; obwohl er nur elf Jahre jünger ist als Lee, verkörperte er einen Generationswechsel (FAZ, 21.12.2002). Beobachter in den USA verglichen den Wahlerfolg Rohs, der zumindest teilweise auf einem deutlichen Antiamerikanismus beruhte, mit dem ebenfalls erfolgreichen Wahlkampf Gerhard Schröders in Deutschland, wiesen aber sogleich darauf hin, dass Präsident Bush gegenüber Roh sofort versöhnliche Gesten machte, im Gegensatz zu seiner Haltung gegenüber Schröder (FT, 20.12.2002; IHT/Internet, 21.12., 23.12.2002). Auch Roh suchte sofort die Annäherung an Bush und die US-Regierung, indem er in einer seiner ersten Äußerungen als Präsident die enge Verbundenheit seines Landes mit den USA betonte: Es werde keine wesentlichen Änderungen der USA-Politik gegenüber seinen Vorgängern geben. Allerdings ließ er keinen Zweifel daran, dass er den Bündnisvertrag zwischen beiden Ländern so weit verändern möchte, dass „größere Gleichheit hergestellt wird“ (NZZ, 21./22.12.2002).

5 Roh und sein Programm

5.1 Wer ist Roh Moo-hyun?

Der siegreiche Kandidat der Millennium Democratic Party trat aus einem Dämmerdasein als politischer „Nobody“ auf die politische Bühne. Als früherer Anwalt führte er lange Zeit ein politisch wenig inspirierendes Dasein in den Reihen der MDP. Er stammt aus der südöstlichen Provinz Kyongsang, einem traditionellen „Politikgebiet“, dem viele führende Politiker Südkoreas entstammten. Roh hat trotzdem schon früh daran gearbeitet, den traditionellen koreanischen Regionalismus zu überwinden. US-amerikanische Beobachter bezeichneten ihn mit dem bekannten Misstrauen aus den USA schon früh (gerade erst ins Blickfeld gelangt) als „höchst progressiv“ (*highly progressive*) und bescheinigten ihm, die junge Generation Südkoreas der 80er-Jahre zu vertreten, die half, die Militärregime des Landes zu beenden; diese Generation könne „nicht genug von ihm bekommen“ (*Newsweek*, 24.4.2002: 6). Er hatte gegenüber seinen späteren Herausforderern einen entscheidenden Vorteil: Die Generation der 30- bis 40-Jährigen nutzte (und nutzt) das Internet für Informationen, sodass Roh schon zu einem frühen Zeitpunkt 2002 in den Informationsforen vorn lag: „Tens of thousands of Roh supporters log on each night and act as cyber-missionaries“ (ebd.), eine Tatsache, die sich offenbar im Dezember zugunsten Rohs auswirkte.

Roh ist ein juristischer Fachmann – und Autodidakt, ein völlig unorthodoxer Weg für einen koreanischen Politiker. Sein Weg führte ihn aus einfachen Verhältnissen durch Selbststudium zu einer Praxis als Anwalt; der Weg über eine angesehene Universität, wie es für koreanische Politiker üblich ist, blieb ihm versperrt. Als Anwalt engagierte er sich für Arbeits- und Menschenrechte: 1981 verteidigte er eine Gruppe von Studenten, die von der damaligen Militärregierung ohne rechtliche Begründung inhaftiert und gefoltert worden waren (FAZ, 6.12.2002). In jungen Jahren hatte Roh den Abzug der US-Streitkräfte gefordert (s.o.), und erst als gewählter Präsident besuchte er zum ersten Mal die USA.

5.2 Rohs Regierungsbildung: Reform und Stabilität

Mit den ersten Maßnahmen nach seiner Amtseinführung befriedigte Roh seine linken bzw. liberalen Wähler. Er präsentierte ein Kabinett, das voller unbekannter Politiker war. Zugleich aber signalisierte er Stabilität, indem er eine ganze Reihe erfahrener Bürokraten mit wirtschaftspolitischen Schlüsselposten betraute. Die Unternehmer atmeten auf: Angesichts schwachen Wirtschaftswachstums, steigender Ölpreise, schleppender Investitionen ausländischer Unternehmen und der Bedrohung aus dem Norden hatte der Präsident sich für eine Politik der vorsichtigen Reformen entschieden. Einkommensumverteilung zu Lasten der *chaebeol*-Familien und führender Wirtschaftskreise, wie es im Wahlkampf angeklungen war, trat zurück gegenüber einer Strategie wirtschaftlicher Stabilität.

Neuer Regierungschef wurde Goh Kun, der frühere Bürgermeister von Seoul; das Parlament stimmte der Ernennung im ersten Wahlgang zu (XNA, 27.2.2003). Die angestrebte pragmatische Wirtschaftspolitik wird unterstrichen durch die Benennung zweier erfahrener Bürokraten für das Finanzministerium (Kim Jin-pyo) und das Industrieressort (Yoon Jin-shik), beide Personalentscheidungen fanden breite Zustimmung in der Wirtschaft. Dagegen ist die Benennung von Professor Yoon Young Kwan als Außenminister ein Risiko: Der neue Außenminister setzt auf enge wirtschaftliche Kooperation mit Nordkorea und steht damit in direktem Gegensatz zu US-Präsident Bush, was die bilateralen Beziehungen belasten könnte. Bei einem Besuch in Washington hatte Yoon angeblich gesagt, ein nuklear gerüstetes Nordkorea sei besser als ein zusammengebrochener Norden (FEER, 13.3.2003: 17). Das Wiedervereinigungsministerium ging an einen Politiker aus der Amtszeit Kim Dae-jungs: Jeong Se-hyun. Er war stets für einen Ausgleich mit Pjöngjang eingetreten. Dem neuen Kabinett gehören vier Frauen an: Das Justizministerium ging an Kang Gum-sil (46 Jahre, Anwältin), eine Personalentscheidung, die in der männlich dominierten südkoreanischen Öffentlichkeit auf heftige Kritik stieß: eine Frau und zu jung, hieß es; Probleme mit den teilweise deutlich älteren Staatsanwälten sind zu erwarten (XNA, 28.2.2003; FT, 8./9.3.2003), Ji Eun-hee (56 Jahre, Frauen und Gleichstellung), Kim Hwa-joong (58 Jahre, Gesundheit und Soziales) und Han Myung-sook (59 Jahre, Umwelt) (FT, 8./9.3.2003). Alle sind frühere Aktivistinnen der Demokratiebewegung, und Roh erfüllt mit der Ernennung dieser vier Frauen ein wesentliches Versprechen aus dem Wahlkampf. Die meisten Berater des Präsidenten im Blauen Haus sind noch jünger als die Kabinettsmitglieder, viele gehören der sog. „386“-Generation an, d.h., sie sind Mitte 30, wurden in den 80er-Jahren ausgebildet und sind in den 60er-Jahren geboren (FT, 8./9.3.2003).

Damit sind im außenpolitischen Bereich die Reibungen mit den USA vorprogrammiert, wenn auch der erste (und bislang einzige) Besuch Rohs in den USA positiv verlief. In vier Kernpunkten liegen die Positionen Roh Moo-hyuns und Präsident Bushs weit auseinander und bergen jede Menge von Krisenmöglichkeiten:

- Nordkorea ist dabei, eine Atombombe (oder mehr) zu bauen, und die USA bilden eine Koalition, um das zu verhindern.
- US-Präsident Bush predigt Eindämmung, Südkoreas Präsident Roh zielt auf Dialog.
- Seoul zögert, auf Pjöngjang Druck auszuüben, das könnte den US-amerikanischen Anstrengungen zuwider laufen.
- Die Kluft zwischen den USA und Südkorea droht das jahrzehntelange Bündnis zwischen Washington und Seoul zu beschädigen (FEER, 8.1.2003: 12-16).

5.3 Das Programm

Vielleicht zum ersten Mal seit dem Wechsel von Militärpräsidenten zu frei gewählten zivilen Präsidenten könnte Roh für einen echten Richtungswechsel stehen. Hinter ihm steht „eine junge, selbstbewusste, relativ wohlhabende, städtische Bevölke-

rungsschicht, die den Koreakrieg und die harte und entbehrungsreiche Zeit der Not und des Kalten Krieges nur noch aus den Erzählungen der Älteren kennt“.¹

Die politischen Zielsetzungen des neuen Präsidenten sind entsprechend den Erwartungen dieser jungen Generation gestaltet:

- Gegenüber Nordkorea betont er den Dialog und setzt damit die „Sonnenscheinpolitik“ seines Vorgängers fort, wenn er sie auch anders nennt. Seine Wähler erwarten das von ihm, auch wenn er damit direkt der US-amerikanischen Politik widerspricht. Inzwischen scheint aber der Dissens mit den USA nach den Gesprächen Rohs in Washington weitgehend ausgeräumt. Das Nuklearprogramm Nordkoreas müsse jedoch eingestellt werden, internationale Kontrollen der Einhaltung dieser Auflagen sind erforderlich. Es kann keine umfassenden Hilfsprogramme für Nordkorea geben, wenn diese Auflagen nicht eingehalten werden (FAZ, 6.12.2002). Roh ist gegen ökonomische Druckmaßnahmen, auch militärischer Druck sei kontraproduktiv, betonte er.
- Als ersten Schritt zur Eindämmung der unverändert übermächtigen Rolle der Großkonglomerate, der *chaebeol*, will Roh ein System der Globalbesteuerung einführen, um den illegalen Transfer riesiger Summen durch die „Clanheads“ der *chaebeol* auf ihre Kinder zu unterbinden, in Zukunft sollen alle Arten von Erbschaften, Schenkungen etc. global steuerpflichtig werden. Hinzu kommt die Forderung Rohs nach größerer Transparenz in der Rechnungslegung der Großunternehmen, dabei unterscheidet er zwischen *chaebeol* und „Unternehmen“, d.h., die Macht der *chaebeol* soll eingedämmt werden, ohne dabei zugleich unternehmerische Freiheit einzuschränken (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 17.1.2003). Desgleichen sollen die Großkonglomerate ihre Beteiligungen an Tochterunternehmen des Finanzsektors aufgeben, ein Plan, der besonders auf den Widerstand der *chaebeol*-Gruppen stieß: Bisher konnten sie angeschlagenen Tochterunternehmen über die gruppeneigenen Finanzinstitute illegale Mittel zuschanzen. Die *chaebeol*-Familien müssen nach Rohs Plänen in Zukunft alle Beteiligungen an börsennotierten und sonstigen Unternehmen detailliert offen legen. Zukünftig sollen auch die verbreiteten Überkreuzbeteiligungen unterbunden werden, auch die ungehemmte Expansion in immer neue Industriebereiche soll gestoppt werden. Es wird sich zeigen, ob Roh diese Pläne durchs Parlament bringen kann, in dem die oppositionelle GNP die Mehrheit hat (*South China Morning Post/SCMP/Internet*, 8.1.2003).
- Nach Vorstellungen von Roh Moo-hyun soll ein umfassendes Ombudsmannsystem eingeführt werden, das als Korrektiv zu den allmächtigen Ministerialbürokratien fungieren wird und die direkte Partizipation der Bürger an bürokratischen Entscheidungen sichern soll. Bisher sind solche Stellen schon in einigen Provin-

¹ Susanne Luther, „Neue Politik und alte Probleme. Herausforderungen für den neuen südkoreanischen Staatspräsidenten Roh Moo-hyun“, in: *Politische Studien*, Heft 388, 54. Jg., März/April 2003: 96-106, hier: 98).

zen auf örtlicher Ebene eingerichtet, jetzt sollen sie in einem System der drei Ebenen national, regional und kommunal erweitert werden, um nicht nur wenigen Spezialisten, sondern auch einfachen Bürgern die Möglichkeit zu geben, bei Entscheidungen mitzuwirken und Kritik zu äußern. Roh will mit dem Ausbau der Bürgerbeteiligung einem häufig geäußerten Wunsch seiner jungen Wähler entgegenkommen (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 11.2.2003).

- Wie auch seine Vorgänger zielt Roh auf eine Umstrukturierung des Geheimdienstes National Intelligence Service (NIS), um ihn unter striktere zivile Kontrolle zu bringen, ein Ziel, aus dem im Umkehrschluss hervorgeht, dass der Dienst eben doch noch ein Eigenleben führte und nicht unter vollständiger Kontrolle des Präsidenten stand (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 20.6.2003). Der neue NIS-Chef sprach sich in den parlamentarischen Anhörungen gegen eine Aufteilung des Dienstes in zwei Organisationen aus und verwies auf die hohen Kosten, die daraus folgen würden. Er sicherte zu, dass sich der NIS wieder völlig auf die traditionellen Aufgaben eines Geheimdienstes konzentrieren und nicht in innenpolitische Vorgänge einmischen werde. Zwar wird der NIS auch in Zukunft Informationen im Inland sammeln, aber nicht über Politiker und Spitzenbürokraten (ein Hauptvorwurf in früheren Jahren). Eine Novellierung des Gesetzes zur inneren Sicherheit unterstützt der neue Chef, um die Möglichkeit von Menschenrechtsverletzungen zu minimieren, er drängte die Parlamentarier auch, möglichst schnell gesetzlich zu definieren, was in Zukunft ein Staatsverbrechen im Hinblick auf Nordkorea sei (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 22.4.2003).
- Kaum bemerkt, aber als Problem durchaus virulent: Roh muss in möglichen Gesprächen mit der nordkoreanischen Führung auch nach den Südkoreanern forschen, die in früheren Jahren durch Nordkoreas Geheimdienste entführt wurden. Während durch den Besuch des japanischen Regierungschefs Jun'ichirô Koizumi 2002 die 13 Fälle von Entführungen aus Japan internationale Entrüstung auslösten, sind die seit 1955 mindestens 480 Entführten aus Südkorea weitgehend der Aufmerksamkeit entzogen. Roh hat sich dieses Problems bisher kaum angenommen, und seine Nordkoreapolitik wird sich auch daran messen lassen müssen (FAZ, 6.12.2002).
- Im Gegensatz zu seinem liberalen Image zeigt sich Roh aber auch bereit, größeres Gewicht auf die Verteidigungspolitik zu legen: Die Verteidigungsausgaben sollen von gegenwärtig 2,7% des BIP auf 3,2% steigen. Roh kommt damit einer Forderung Washingtons nach; er will aber die größeren Verteidigungsausgaben auch nutzen, um gegenüber dem US-amerikanischen Bündnispartner in sicherheitspolitischen Fragen größeren Handlungsspielraum zu gewinnen (XNA, 21.6.2003).

Zwei wichtige Auslandsreisen kennzeichneten die ersten Amtsphasen des neu gewählten Präsidenten: in die USA und nach Japan. Während die offiziellen Gespräche in Washington und Tokyo kaum wirklich aufwühlende Ergebnisse brachten, kam es in Japan zu einer denkwürdigen Begegnung: Roh traf den Führer der japani-

schen Kommunistischen Partei, Kazuo Ishii. Im Gespräch mit dem Chef der KPJ betonte Roh, Ishii sei jederzeit in Seoul willkommen und nach seiner Auffassung sei die Demokratie in Südkorea erst wirklich abgeschlossen, wenn es auch dort eine kommunistische Partei gebe (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 10.6.2003). Ansonsten bestätigte der Besuch in Tokyo nur die unterschiedlichen Auffassungen in der Nordkoreapolitik: Japans Regierungschef Koizumi forderte eine harte Haltung gegenüber Nordkorea, Roh bestand auf einer Fortsetzung der Prinzipien seines Vorgängers, wenn er auch nicht von „Sonnenscheinpolitik“ sprechen wollte. Einig war man sich in der Sorge um das nordkoreanische Atomprogramm. Roh wurde am 6. Juni von Kaiser Akihito empfangen, ein Datum, das für Südkorea eine durchaus heikle Bedeutung hat – an diesem Tag wird in Südkorea der Toten gedacht, die für das Land starben. Roh machte sich während seines Besuches auch dafür stark, die gesellschaftliche und politische Rolle der koreanischen Minderheit in Japan auszuweiten; das sagte er vor 750 Delegierten dieser Minderheit bei einem Empfang in seinem Hotel. Es geht dabei vor allem um das Wahlrecht der Exilkoreaner in allen parlamentarischen Gremien Japans (NZZ, 3.6.2003; FT, 9.6.2003; FAZ, 10.6.2003; Kyodo, engl., in: BBC Monitoring Service, 8.6.2003).

Der Japanbesuch Rohs hatte ein unglückliches innenpolitisches Nachspiel: Die oppositionelle GNP sprach von „idiotischer Außenpolitik“ des neu gewählten Präsidenten, und die Regierung verlangte von der GNP eine offizielle Entschuldigung – die dann zögerlich und unscharf erfolgte. Die GNP hatte kritisiert, dass Roh, „mit dem japanischen Tenno einen Toast ausbrachte, ausgerechnet an einem nationalen Gedenktag (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 9.6.2003).

6 Epilog: Eine neue Parteienlandschaft?

Kurz nach Ablauf der ersten 100 Tage für Roh Moo-hyun zeichnete sich ab, dass die MDP zerfällt oder bestenfalls sich kontrolliert auflöst. Mit Niederlassungen in Pusan und Süd-Kyongsang wird eine Aufbauorganisation ins Leben gerufen, die nach der Selbstauflösung der MDP eine neue Partei gründen soll, die als reformorientierte Kraft nicht nur für die bisherigen Kernkräfte der MDP, sondern auch für Politiker der Opposition attraktiv werden soll. Nationale Aussöhnung, d.h. Überwindung der regionalen Spannungen, soll die Grundlage der neuen Partei bilden. Die Anstrengungen zur Gründung einer neuen Partei sind offenbar so konkret, dass sich sogar führende Vertreter der alten MDP-Garde vorsichtig den Reformern annähern (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 2.5.2003).

Auch die „Moonies“ streben in die Politik Südkoreas. Die sog. „Vereinigungskirche“ Moon Sun-myungs eröffnete im März einen Gründungskonvent, an dem auch der „Kirchen“-Gründer Moon selbst teilnahm. Der vorläufige Name der neuen Organisation ist „Partei für Gott, Frieden, Wiedervereinigung und Heimat“. In einer ersten Erklärung benannte die Partei als Ziel, die Nation auf die Wiedervereinigung vorzubereiten, indem eine „Erziehung über Gottes Gedanken und Frieden“ eingeführt werde (Yonhap, engl., in: BBC Monitoring Service, 10.3.2003).

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-296-4

Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2003

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

<p>Korea 2003. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2003. – 315 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-296-4</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).